

II-3487 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1697/J

1991-10-04

A N F R A G E

der Abgeordneten Haigermoser, Mag. Schreiner  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend die Punzierungspflicht

Der Nationalrat hat noch vor der Sommerpause eine Novelle zum Punzierungsgesetz beschlossen, durch welche unter anderem der Rahmen für die Festsetzung der Punzierungsgebühren deutlich erhöht wurde. Bereits anlässlich dieser Novelle haben die betroffenen Gold- und Silberschmiede ein Abgehen vom Grundsatz der obligatorischen Punzierung gefordert. Nach den Vorstellungen der betroffenen Gewerbebetriebe sollte die Punzierungspflicht für alle Schmuckgegenstände einer stichprobenartigen Kontrolle weichen und aus dem Punzierungsamt sollte ein Edelmetall-Kontrollamt werden. Eine solche Neuregelung wäre auch für die Konsumenten attraktiver, die ein erworbenes Schmuckstück bei diesem Kontrollamt jederzeit überprüfen lassen könnten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) In welcher Höhe werden die Punzierungsgebühren derzeit festgesetzt und sind diesbezüglich Erhöhungen geplant?
- 2) Sind Sie bereit, in Zukunft vom Grundsatz der obligatorischen Punzierung abzugehen und diesen durch eine stichprobenweise Kontrolle zu ersetzen?
- 3) Wie ist der Stand des Vertragsverletzungsverfahrens zwischen EG-Mitgliedern mit und ohne staatlicher Punzierungspflicht?
- 4) Zeichnet sich bereits eine EG-Richtlinie über die Harmonisierung der nationalen Punzierungsvorschriften ab?